

Andres Müller

Entfesselter Kapitalismus

und das Gesetz der ansteigenden Profitraten in einer globalkapitalistischen Welt

Teil 2

6 Reformen sollen helfen

Natürlich geht es uns *nicht* gut. Deswegen verordnet man uns ja Reformen! Mit Reformen verbindet man die Vorstellung von Verbesserungen. Der Begriff weckt positive Assoziationen. In der Geschichte brachten Reformen immer einen Fortschritt. So waren die preußische Boden-, Verwaltungs-, Steuer-, und Bildungsreform der Jahre 1810 bis 1822 der Transmissionsriemen, der die im Volk vorhandenen Ressourcen auf allen Lebensgebieten zur Entfaltung kommen ließ. Sie schufen die Voraussetzungen zu einem einmaligen ökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen Aufstieg Deutschlands. Das ist bei den Reformen, von denen heute die Rede ist, ganz anders. Sie verbessern nicht, sie sollen die Verschlechterung der Lebensbedingungen infolge der Globalisierung in geordnete Bahnen lenken. Sie sind quasi das „Opium“ für das Volk. Alle momentan geplanten „Reformen“, ob Arbeitsmarkt-, Rentenversicherungs-, Gesundheits-, oder Steuerreform haben dieses Ziel. Diese sogenannten Reformen bringen keine Verbesserung, sie sind ein Regelwerk zur geordneten Überführung nationaler Volkswirtschaften an die Anforderungen des internationalen Großkapitals in einer globalen Weltwirtschaftsordnung.

Die Privatisierungsorgien, die ebenfalls unter dem euphemistischen Begriff der Reformen durchgeführt werden, erfüllen zudem den weiteren Zweck, dem globalen Kapital zusätzliche Einkommens- und Gewinnquellen zu erschließen. Die angestrebte „Privatvorsorge“ auf den Gebieten der Kranken- und Rentenversicherung würde die „Kriegskasse“ der Sammelstellen des organisierten vagabundierenden Globalkapitals (Hedge-Fonds und Private Equity-Gesellschaften) auf ein Mehrfaches ansteigen lassen. Das sind geradezu paradiesische Zukunftsperspektiven für die Gilde der globalen Berufsspekulanten, die natürlich alle zur Verfügung stehenden Hebel in Bewegung setzt, damit die Politik auch dieses Ziel verwirklicht. Dazu benötigt die Politik allerdings die „dienstbaren Hände“ der Experten. Und sie finden sich zur Genüge, gegen gute Bezahlung versteht sich. Es ist die Schar der „Rat gebenden Ökonomen“. Diese müssen immer mehr und in anschwellender Taktfolge neue Reformen zusammenbasteln, die zunächst hochtrabend versprechen, was sie danach nicht halten können. In Deutschland lieferte die Hartz IV-Arbeitsmarktreform den traurigen Beweis des Geschehensablaufes. Die dienstbaren Ökonomen haben heute die gleiche Funktion wie jene Alchemisten, die einst ihren an Geldnot leidenden Fürsten das dringend benötigte Gold generieren sollten. Es wird heute so ausgehen wie damals.

Das Zauberwort der „neoliberalen Alchemisten“ heißt Wettbewerb. In der EU wurde eigens eine Kommission für Wettbewerb eingerichtet. Sie schreitet überall ein, wo sie den freien Wettbewerb gefährdet sieht. Seltsam ist, daß sie unter der Fahne der Wettbewerbssteigerung häufig die Monopolbildung fördert und sogar erzwingt. Sie hat z.B. keine Skrupel, den Aufkauf des spanischen Energiekonzerns Endesa durch den

mittlerweile international beherrschten Eon-Konzern einzufordern. Sie fordert auch den freien Wettbewerb für die Finanz- und Kapitalmärkte ein, weltweit und europaweit. Dadurch kommt es weltweit zu einem Wettbewerb der Renditen und der setzt automatisch den Wettbewerb um bessere und preisgünstigere Produkte und Leistungen außer Kraft. Und das ist des Pudels Kern! Der Wettbewerb um die höheren Renditen forciert die weltweite Monopolbildung und zerstört das, was er vorgibt zu fördern: den Wettbewerb.

7 Die ökonomischen Fehlleistungen des Globalkapitalismus

7.1 Der fatale Funktionsmechanismus des Wettbewerbs der Renditen

Mit dem Einsetzen der Globalisierung im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ist es weltweit zu einem außergewöhnlichen Anstieg der Renditen gekommen. In einigen Branchen haben sie sich sogar verdoppelt und verdreifacht. Karl Marx hatte in seinem Werk „Das Kapital“ eigentlich das Gegenteil prophezeit¹². Er glaubte, daß die Entwicklung im Kapitalismus zu einem tendenziellen Fall der Profitrate führen würde. Die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung wollte er mit Hilfe seiner wirtschaftstheoretischen Analysen nachweisen. Er konnte nicht voraussehen, daß die technischen Möglichkeiten es einmal erlauben würden, modernste Fabrikanlagen an jedem Punkt der Erde in kürzester Zeit aus dem Boden zu stampfen und er konnte nicht voraussehen, daß eine imperiale Weltmacht weltweit unbegrenzte Kapital- und Finanzmärkte erzwingen könnte, die sie für ihre Zwecke der Machterweiterung und Machterhaltung vorteilnehmend einsetzt. Unter den genannten Voraussetzungen werden die Renditen nicht sinken, sie müssen im Gegenteil steigen. Denn es kommt weltweit zu einem Wettbewerb um die höhere Rendite. Davon ist in den Lehrbüchern der Ökonomie heute noch nichts zu lesen. Dieses **Gesetz der steigenden Renditen in einer globalkapitalistischen Welt** führt gezwungener Maßen zu einer Senkung der Arbeitseinkommen und muß die historisch gewachsenen sozialen Sicherungssysteme zum Einsturz bringen. Dieser ökonomische Funktionsmechanismus soll nachfolgend aufgezeigt werden.

In der grenzenlos gewordenen globalen Welt vagabundiert das Kapital immer an den Ort der höchsten momentan zu erzielenden Rendite. Also muß es dort abgezogen werden, wo die Renditen niedriger sind. Das sind die alten Industrienationen mit ihren gewachsenen Produktions-, aber auch Sozialstrukturen. Die Menschen dort werden dann zynisch aufgefordert, ihr Leben so zu gestalten, daß sie wettbewerbsfähig sind. Das heißt dann konkret: länger arbeiten und weniger verdienen, Haus, Wohnung und Heimat verlassen und dorthin ziehen, wo noch Arbeit zu finden ist. Dafür müssen die Märkte flexibler gestaltet werden. Wenn die Löhne nicht schnell genug sinken, entsteht Arbeitslosigkeit.

Auch die heimischen Unternehmer und Kapitaleigner handeln nach dem genannten Rendite-Maximierungsprinzip, denn infolge des grenzenlos gewordenen Kapitalverkehrs – dies gilt auch für die spekulativen Kapitalströme – sind sie der Konkurrenz der internationalen Spekulanten ausgeliefert und müssen, wollen sie „überleben“ und nicht untergehen, ebenso nach den hohen Renditen trachten, die in den Ländern mit den

¹² Vgl. hierzu Karl Marx, Das Kapital Band 3, Dietz Verlag Berlin, 1969 Seite 221 ff. Seine Epigonen im 20. Jahrhundert waren krampfhaft bemüht, die Marx'sche Hypothese mittel statistischer Zeitreihen nachzuweisen.

niedrigen Löhnen, niedrigen Steuern und geringen Sozialstandards möglich sind. Das ist ein geradezu teuflischer Mechanismus, der die überlieferten Solidargemeinschaften von Unternehmern und Arbeitnehmern in jedem Volk auflöst und sie ersetzt durch eine neue Internationale. Die Internationale des Globalkapitals.

Durch die weltweit freien Kapitalmärkte werden die Unternehmen gezwungen, höhere Renditen anzustreben, Arbeitskosten zu senken und Arbeitskräfte zu entlassen, ob sie das wollen oder nicht. Das nachfolgende kleine Zahlenbeispiel wird diesen Zwang eindrucksvoll belegen: Angenommen, die Konzerne Vodafone und Deutsche Telekom erzielen für ihr Produkt, z.B. eine Telephonminute, den gleichen Preis, aber in der Kosten- und Gewinnstruktur würden sie sich wie folgt unterscheiden:

	Telekom	Vodafone
Lohnkosten %	60	50
Sonst.Kosten %	30	30
Gewinn %	10	20
Summe	100	100

Dann zeigt sich, daß 100 Euro, bei Vodafone angelegt, eine Rendite von 20% brächten, während die Deutsche Telekom nur 10% Rendite erwirtschaftet, weil sie ihren Arbeitnehmern einen höheren Lohn gönnt. Doch dafür würden die internationalen Kapitalanleger die Telekom empfindlich bestrafen. Sie werden ihr Geld bei der Telekom abziehen und bei Vodafone anlegen. Die Erkenntnis ist eindeutig. In einer globalen Wirtschaft mit freien Kapital- und Finanzmärkten kommt es zwangsläufig zu einer Anpassung der Renditen nach oben und der Löhne nach unten. Wie reibungslos dieser Mechanismus funktioniert, konnte im Februar 2006 wieder einmal beobachtet werden, als das VW-Management die geplanten Streichungen von 20.000 Arbeitsplätzen verkündete, und der Aktienkurs noch am gleichen Tage um über 7% anstieg. Die Ökonomielehrbücher preisen den freien Wettbewerb als Garanten für Leistung und Effizienz in der Wirtschaft. Sie meinen die Preis-, Leistungs- und Qualitätskonkurrenz. Die katastrophale Auswirkung des freien Wettbewerbs in den Finanz- und Kapitalmärkten haben die Ökonomen entweder noch nicht erkannt oder er wird von ihnen absichtsvoll verschwiegen.

Von der Wanderung des Kapitals zum lukrativsten Unternehmen sind natürlich auch die Länder betroffen, in denen das jeweilige Unternehmen seinen Standort hat. Das spekulative Finanzkapital wird in die Länder mit den höchsten Renditen und niedrigeren Lohn- und Sozialkosten und niedrigeren Steuern abwandern. Gleichzeitig wird es zu einer Zuwanderung billiger Arbeitskräfte in die Länder mit den (relativ) höheren Verdienst- und Einkommensmöglichkeiten kommen. Zu diesen Zuwanderern gesellen sich noch jene, die nur vom Sozialstandard des gewählten Zuwanderungslandes schmarotzen wollen. Somit sind die Menschen in den alten Industriestaaten aus drei Richtungen förmlich in die Zange genommen. Sie haben die Folgen der Kapitalabwanderung und der doppelten Zuwanderung in Kauf zu nehmen. Das sind Arbeitslosigkeit, Verarmung und der Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme, aus denen ja auch noch die Schar der Asylanten versorgt werden muß. Das ist das Los, das die Globalisierung dem Produktionsfaktor Arbeit zgedacht hat, während gleichzeitig das global agierende Kapital Renditen von noch nie dagewesener Höhe an stetig wechselnden Einsatzorten abkassieren kann. Das hält sich dann auch noch zugute, eine humanitäre Großleistung zu vollbringen, weil es in den bisherigen Entwicklungs- und Schwellenländern Produktionszweige und Arbeitsplätze schafft, die ohne ihr Dazutun nicht entstehen würden.

Den Regierungen in den „alten Industrieländern“ obliegt in dem Globalisierungsprozeß eine wichtige Aufgabe: Sie müssen in ihren Ländern die betroffenen Menschen ruhigstellen, damit die Globalisierung weiter ungestört voranschreiten kann. Bisher hat die Politik diese ihr zugeordnete Aufgabe erfolgreich erfüllt. Doch die Aufgabe wird schwieriger, je mehr die Menschen die fortschreitende Verarmung am eigenen Leib verspüren.

7.2 Globalisierung verhindert die optimale Faktorkombination und erzeugt Arbeitslosigkeit

Die Nationalökonomie lehrt, daß der freie Markt- und Preismechanismus eine optimale Verwendung der volkswirtschaftlichen Ressourcen gewährleistet, weil die Marktpreise die effektive Knappheit der Güter und Produktionsfaktoren anzeigen¹³. Das mache insbesondere die Überlegenheit einer marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsordnung gegenüber einer Zentralverwaltungswirtschaft aus.

Die Lehre ist richtig. Aber der Globalkapitalismus gewährleistet diese freie Preisbildung nicht. Im Gegenteil. Da die Spekulation auf allen Märkten Einzug gehalten hat, ist sie in der Lage, die Knappheitspreise zu verfälschen. Spekuliert wird mit Rohstoffen, Devisen, Aktien, Optionsanleihen, Derivaten, Immobilien und Edelmetallen. Die Folgen sind katastrophal, nicht nur weil sich die Spekulanten bereichern können ohne eine Leistung erbringen zu müssen. Viel schlimmer noch ist, daß die von Spekulanten gemachten Preise nicht mehr die wirklichen Knappheiten widerspiegeln.

Aber diese Preise beeinflussen die Unternehmensentscheidungen: Wieviel und was produziert wird, wieviel und ob investiert wird! Von Spekulanten ausgelöste oder verstärkte Rohstoff- oder Erdölpreissteigerungen verteuern die Produktion und gefährden damit Arbeitsplätze und Beschäftigung. Das gilt auch für Immobilienpreise, die ja als Mietkosten ein Teil der Produktionskosten sind. Gleiche Wirkung haben die Monopolpreise, die von den Globalplayern z.B. auf dem Energiesektor erzwungen werden. Sie gaukeln eine Knappheit vor, die in diesem Maß nicht vorhanden ist, verteuern die Produktion und können Standortschließungen und Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Spekulanten sind in der Lage, Devisenkurse zu stützen oder abstürzen zu lassen. Überliefert ist die Geschichte von George Soros, der die Bank von England 1992 dazu zwang, das Pfund abzuwerten. Er soll damals 1 Mrd. Dollar an einem Tag verdient haben¹⁴. Gesichertes Wissen ist ebenso, daß die Spekulanten mit sogenannten Luftgeschäften, bei denen sie geliehene Aktien verkaufen, ganze Unternehmen in den Ruin treiben können, um sie danach selbst zum „Schrottpreis“ aufkaufen zu können. In gleicher Weise können die Immobilienpreise einer ganzen Volkswirtschaft durch einen gesteuerten Spekulations-Run in die Höhe getrieben werden, ebenso wie die Aktienkurse eines Landes. Wenn in einem Land die Aktien verstärkt nachgefragt werden, z.B. in den USA, dann werden sich die Kurswerte in kürzester Zeit sehr schnell weit über den eigentlichen Ertragswert (kapitalisierter Gewinn) hinaus entwickeln. Der Wert eines Unternehmens oder die Werte aller Unternehmungen in einer Volkswirtschaft sind dann fiktiv und von der Realität völlig losgelöst. Wer auf den ersten Blick meint, daß dies wenig Sinn mache, außer dem, die Kursgewinne durch rechtzeitigen Verkauf realisieren zu können, dessen Augenmerk sei auf eine weitere Quelle spekulativen Abschöpfens

¹³ Die Lehre besagt, daß der Marktpreis eine Signal-, Ausgleichs- und Lenkungsfunktion habe.

¹⁴ FAZ 11.8.2005, Seite 14

gelenkt. Die durchschnittlichen Aktienkurse sind in USA erheblich höher als z.B. in Deutschland. Am Beispiel des Unterschiedes von Bilanzsumme und Börsenwert von Deutscher Bank und Citigroup, der größten US-Bank, sei dies veranschaulicht.

	Bilanzsumme	Börsenwert	BiSu/BöW
Deutsche Bank	803,6	36,8	4,58%
Citigroup (USA)	991,0	199,6	20,14%

Der Börsenwert der größten US-Bank ist also mehr als vier mal so hoch wie der der größten deutschen Bank.¹⁵ Wenn die Citigroup Bank auf die Idee kommen sollte, die Deutsche Bank aufkaufen zu wollen, dann wäre das für sie ein leichtes Unterfangen, wenn der Kauf – wie heute üblich – mit eigenen Aktien erfolgte¹⁵. Die internationale Spekulation verfälscht also nicht nur Werte einzelner Unternehmen. Sie kann alle Börsenwerte einer Volkswirtschaft über- oder unterbewerten, um danach mit der durch die Globalisierung neu geschaffenen Währung „eigene Aktien“ weltweit günstig aufkaufen zu können.

Der krankhafte Zwang, über immer neue Aufkäufe und Zukäufe anderer Unternehmen und Konkurrenten die Rendite erhöhen zu müssen, hält die Global Player davon ab, notwendige Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen. So brachen im Herbst 2005 die Strommasten in Nordrhein Westfalen unter der Schneelast zusammen, während der Energiegigant RWE sich weltweit mit Auf- und Zukäufen engagierte und dabei die notwendigen Erhaltungsinvestitionen vernachlässigte. Materialermüdung war die Diagnose der damaligen Schäden. Das absehbare Versiegen der nicht erneuerbaren Energiequellen und der exponentiell steigende Energiebedarf in allen Erdteilen sollte eigentlich zum Anlaß genommen werden, die Ausgaben in Forschung und Entwicklung neuer Energiequellen zu erhöhen. Doch die Global Player ziehen es statt dessen vor, die vorhandenen Gelder in den weltweiten Kauf von Konkurrenzunternehmen (Eon – Endesa) zu stecken. Mit Forschungs- und Entwicklungsausgaben, so notwendig sie auch wären, würde man ja die Rendite eher senken als steigern.

Wer angesichts dieser gravierenden Fehlleitungen der Produktivkräfte immer noch hartnäckig eine unsichtbare Hand den Markt- und Preismechanismus zum allgemeinen Wohl aller Menschen lenken sieht, der muß es sich gefallen lassen, als Ignorant bezeichnet zu werden.

8 Der Widerstand gegen das weitere Vordringen der Globalisierung beginnt sich zu formieren

Die durch das Globalkapital in ihrer Selbständigkeit bedrohten Unternehmen suchen nach Instrumenten, die Angriffe abzuwehren. Auch die Regierungen einzelner Länder versuchen den Einfluß des Globalkapitals einzuschränken, da sie erkennen müssen, daß ihr politischer Handlungsspielraum immer weiter eingeengt wird.

Die **Grundkonzeption** dieser Strategien ist allerdings: Mit der Globalisierung leben – weil sie notwendig sei – aber gegen einzelne Auswüchse vorgehen.

¹⁵ FAZ, 31.3.2005, Nr. 74, Seite 14

¹⁵ Schröder, als er noch Kanzler war, hatte ja der Citigroup den Kauf der Deutschen Bank schon einmal nahegelegt, aber bei Herrn Weill, dem Chef der Citigroup, wegen der damals ungenügenden Gewinnsituation der Deutschen Bank kein Interesse gefunden. Vgl. FAZ 15.3.2004, Nr. 63, Seite 1

8.1 Selbsthilfeversuche der Wirtschaft

Die von feindlichen Übernahmen bedrohten Unternehmungen versuchen sich zusehends durch Abwehrstrategien zu verteidigen. Dazu gehören:

Die Ausgabe von Gratisaktien, um einen Übernahmever such abwehren zu können.

Ausschüttung einer höheren Dividende, um den Aktionären den Verbleib schmackhaft zu machen.

Rückkauf der eigenen Aktien, um den Kurs zu steigern und Stimmrechtsmehrheiten auf der Hauptversammlung zu beeinflussen.

Ausgabe von Optionsanleihen an befreundete (verbundene) Unternehmen, die im Bedarfsfall in Aktien umgewandelt werden können.

Das Eingehen wechselseitiger Kapitalbeteiligungen (Kapitalverflechtungen).

Die wechselseitige Kapitalbeteiligung hatte in Deutschland Tradition. Man nannte dieses Abwehrbollwerk „Deutschland-AG“. Insbesondere die Großbanken und Versicherungen waren mit der deutschen Großindustrie in einer Weise verschachtelt, daß unerwünschte Aufkäufe faktisch unmöglich waren. Im Zuge der fortschreitenden Globalisierung wurden diese Verflechtungen aufgelöst. In der anlaufenden Globalisierungswelle glaubten die deutschen Manager offensichtlich, das herausgenommene Kapital im Ausland mit einer höheren Rendite anlegen zu können. Das hat in vielen Fällen dann nicht so funktioniert. BMW, Daimler Chrysler, RWE haben auf diese Art und Weise riesige Verluste eingefahren. Im Gegenzug wurde allerdings die „Festung Deutschland-AG“ geknackt.

8.2 Die ersten Staaten greifen zur schützenden Selbsthilfe

In der Gruppe der westlichen Industrieländer leistet Frankreich den größten Widerstand gegen die Globalisierung. Der französische Staat schützt seine Unternehmen hartnäckig gegen die Übernahmever such des internationalen Finanzkapitals. So verhinderte die französische Regierung den Aufkauf des angeschlagenen Alstom-Konzerns (Hersteller von Energieaggregaten und des Hochgeschwindigkeitszuges TGV), indem sie staatliche Finanzhilfen gewährte und die französischen Großbanken zur Kreditgewährung und Beteiligung anhielt. Der Versuch des italienischen Konzerns Enel, den französischen Energieversorger Suez zu übernehmen, wurde durch eine innerfranzösische Fusion von Suez und Gas de France (GfF) abgewehrt. Der geplante Aufkauf des französischen Nahrungsmittelkonzerns Danone durch den US-Konzern Pepsico wurde abgeblasen, nachdem die französische Politik deutlich gemacht hatte, daß sie das nicht tolerieren werde.

Ähnlich wie Staat und Regierung wehrt sich auch das französische Volk. Es wehrt sich gegen den Raubbau an seinen gewachsenen Sozialstandards. Die französische Politik, die in diesem Fall bereit war, den Anforderungen des Globalkapitals Folge zu leisten und den Kündigungsschutz für Berufsanfänger aufzuheben, mußte sich der Macht des Volkes und den massiven Protesten beugen und das im Parlament bereits beschlossene Gesetz wieder zurücknehmen. Ein für Deutschland völlig undenkbarer Kraftakt. Politik und Volk erregen somit den Unwillen der imperialen Strategen und ihrer neoliberalen Globalisierungseiferer in den Medien. Auch bei den zuständigen EU-Kommissionen ballt man die Fäuste ob der eklatanten Obstruktion gegen die offiziellen Regeln, Verordnungen und Dogmen der EU, allerdings nur in der Hosentasche. Hatten doch die Franzosen mit der Ablehnung der EU-Verfassung gezeigt, daß sie nicht bereit sind, alles zu schlucken, was man ihnen zumutet. Das im Auftrag tätige EU-Vollzugsorgan in

Brüssel muß sich in Anbetracht des französischen Widerstandes der Macht des Faktischen beugen. Das kann durchaus ausstrahlen auf die anderen EU-Länder, die bisher bereitwillig die Globalisierungsvorgaben und Weisungen in vorbildlicher Weise erfüllt haben.

In Spanien und Italien hat der Erfolg des französischen Widerstandes offensichtlich nachhaltigen Eindruck gemacht. In Italien konnten Politik und Verwaltung eine Zeitlang erfolgreich den Aufkauf der Banken Banca Nazionale del Lavoro (BNL) und Antoniana Popolare Veneta (Antonveneta) durch internationale Großbanken abblocken. Als es jedoch gelang, mittels mafiotischer Bespitzelungsmethoden nachzuweisen, daß der italienische Bankaufseher Antonio Fazio die Übernahme durch das Schmieden nationaler Bankbündnisse abzuwehren versuchte, obsiegt die Internationale des Kapitals. Fazio mußte gehen, die Banken wurden an die Internationale ausgehändigt. Da der italienische Staat keinerlei Zweifel aufkommen läßt, daß er an seinem Energieversorgungsunternehmen Enel mehrheitlich Eigentümer bleiben wird, was eigentlich gegen die Privatisierungsvorgaben aus Brüssel verstößt, bleibt dieses Unternehmen tabu für alle Aufkäufer. Schließlich fühlte sich jetzt auch die spanische Regierung ermuntert, den Aufkauf seines größten Energieversorgers Endesa durch Eon abzublocken. Eon ist ja bekanntlich auch kein deutsches Unternehmen mehr, da es mehrheitlich ausländische Eigentümer hat.

Sogar in Polen formiert sich langsam der Widerstand gegen die Globalisierungsstrategien der EU und des internationalen Finanzkapitals. Im Frühjahr 2006 verhinderte die polnische Regierung die Ausweitung der Marktmacht auf dem Bankensektor durch die italienische Unicredito, obwohl die EU-Wettbewerbskommission diese erlaubt und gerichtliche Schritte gegen Polen angedroht hatte. Sogar in Schweden konnte man bereits ein Umdenken registrieren. Dort verlangen die energieintensiven Unternehmungen mehr Staatseinfluß auf die Energieversorgung in den deregulierten Energiemärkten¹⁶. Dort haben sich nämlich im Namen steigenden Wettbewerbs – ähnlich wie in Deutschland – in Wirklichkeit Monopole gebildet, die überhöhte Energiepreise abkassieren können und somit die inländische Produktion verteuern und ihre Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb gefährden. Schwedens Ministerpräsident Persson, ein Sozialist, zeigt sich interessiert, während die bürgerlichen Oppositionsparteien ebenso dagegen sind wie die hellhörig gewordene EU-Kommission.

In Südamerika, das seit über einem Jahrhundert seine leidvollen Erfahrungen mit der Ausbeutung durch das US-Großkapital machen mußte, ist eine Welle nationaler und sozialistischer Befreiungsbewegungen im Anrollen, die dem weltweit engagierten Hegemon nicht so leicht die Möglichkeit geben werden, über geheimdienstlich organisierte Revolten einen Regimewechsel zu erzwingen. Zuerst war es Brasilien und Argentinien gelungen, durch vorzeitige Rückzahlung ihrer Schulden bei IWF und Weltbank die Einmischung des imperialen Ausbeutungskapitals zurückzudrängen. Danach haben Venezuela unter Hugo Chávez und Bolivien unter Evo Morales die Verstaatlichung der nationalen Energieressourcen vorgenommen bzw. in die Wege geleitet. In Peru stehen Präsidentenwahlen an, und die „Freie Welt“ unter US-Führung befürchtet, daß der Ultra-Nationalist Ollanta Humala in Peru an die Macht kommen wird. Auch in Mexiko droht eine vergleichbare Befreiungsbewegung an die politische Macht zu kommen.

¹⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.3.2006, Seite 13

Doch die schwersten und bisher unüberwindlichen, sogar anwachsenden Widerstände, stellen sich dem expandierenden Globalkapital in Rußland und China in den Weg. Das verdanken diese Länder natürlich in erster Linie ihrer politischen und militärischen Stärke. Mit beiden Staaten wollte das Imperialkapital in gleicher Weise verfahren, in der man die deutsche Wirtschaft zur Strecke gebracht hatte: Sich einkaufen und beteiligen, die wichtigsten Branchen und Produktionsstätten in eigenes Eigentum überführen und die heimische Bevölkerung bei sinkenden Löhnen für sich arbeiten lassen. Dazu boten sich nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums neue weite Betätigungsfelder. Die Renditejäger und Anlagespekulanten waren in Windeseile an allen Orten zugegen, die hohe Gewinne versprachen. Auch die Miniaturausgabe der globalen Lenker, die EU-Kapitalisten, hatten das neue Revier, vor allem in den ehemaligen Ostblockländern, entdeckt. Auch sie begrüßten die Globalisierungswelle, versprach sie doch neue Märkte und vor allem bisher ungeahnt hohe Renditen. Goldgräberstimmung war aufgekommen. Diesmal zog man nicht nach Westen, sondern nach Osten.

Die Regierungen der Länder, die ins Visier des großen und kleinen Globalkapitals gekommen waren, sahen am Anfang nur die Schokoladenseite der Entwicklung, wurden sie doch mit dem so reichlich versehen, was sie dringend brauchten: Geld und Devisen. Doch allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Entwicklung auch für sie ihre Schattenseiten hat: Ausbeutung der heimischen Ressourcen, bei der die eigene Bevölkerung mit Hungerlöhnen abgespeist wird, während die anonymen internationalen Kapitalspekulanten Megarenditen aus ihren Weltmonopolen abschöpfen. Die russische Regierung unter Präsident Putin hat dieser Entwicklung als erste Einhalt geboten und den unverschämten Anlagespekulanten ihre Grenzen aufgezeigt. Die Renditen, die sie absahnen wollten, konnten ja auch im Land verbleiben und von russischen Unternehmen verdient werden. So war die Erkenntnis. Die Yukos-Affäre, bei der es den Russen gelungen ist, den vom internationalen Kapital bereits aufgekauften russischen Erdölkonzern den Aufkäufern mit den gleichen Mitteln wieder abzuluchsen, wie sie ihn zuvor aufgekauft hatten – mittels Strohmännern – zeigt, daß man das Spiel durchschaut hatte. Der Fall zeigt auch, daß es verantwortlichen Politikern in souveränen Staaten noch möglich ist, die Mafia der internationalen Kapitalspekulanten in ihre Grenzen zu verweisen. Rußland und China haben für alle Zukunft für die internationalen Kapitalspekulanten markante Grenzpfähle gesetzt. Sie erlauben ihnen nur noch Beteiligungen an heimischen Unternehmen unterhalb der 50%-Grenze.

Auch die Beispiele Rußland und China könnten durchaus Schule machen.

9 Zukunftsperspektiven: Die Selbstzerstörungskräfte der Globalisierung

9.1 Das Anwachsen der sozialen Konflikte

In den alten Industrieländern wachsen die sozialen Gegensätze mit der zunehmenden Verarmung und dem Abbau der Sozialstandards. Der versprochene Wohlstand für die Massen bleibt aus, nur die kleine Schar eigennütziger Kapitalanleger und Manager profitiert von der Entwicklung. Sogar in der Schweiz¹⁷ kommt schon die Sorge um den sozialen Frieden auf. Parteien und Wirtschaftsverbände fordern Unternehmen und Manager auf, auf die „gesellschaftliche Akzeptanz“ in der Schweiz zu achten und nicht bloß auf die Millionenverdienste der Kollegen in New York.

¹⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.5.2006, Seite 3

In Deutschland streiken die Ärzte. Sie sehen sich benachteiligt. Sie sind es. Aber nicht nur sie. Leistung wird nicht angemessen honoriert. Der Staat, Bund, Länder und Gemeinden sind insolvent, die sozialen Sicherungssysteme brechen zusammen und das internationale vagabundierende Kapital packt jede Gelegenheit beim Schopfe und kauft Unternehmen, Gewerbeflächen und Wohnimmobilien, wo immer sich die Gelegenheit bietet. Das Land, in dem wir leben und arbeiten, gerät immer mehr in fremde Hände. Wir dürfen noch in den Betrieben und Einrichtungen arbeiten, die wir Deutsche über Generationen hinweg aufgebaut und die uns einmal gehört haben. Für immer weniger Geld. Die Gewinne und Renditen der vermögenden internationalen Kapitalanleger und Spekulanten steigen im Gegensatz dazu permanent.

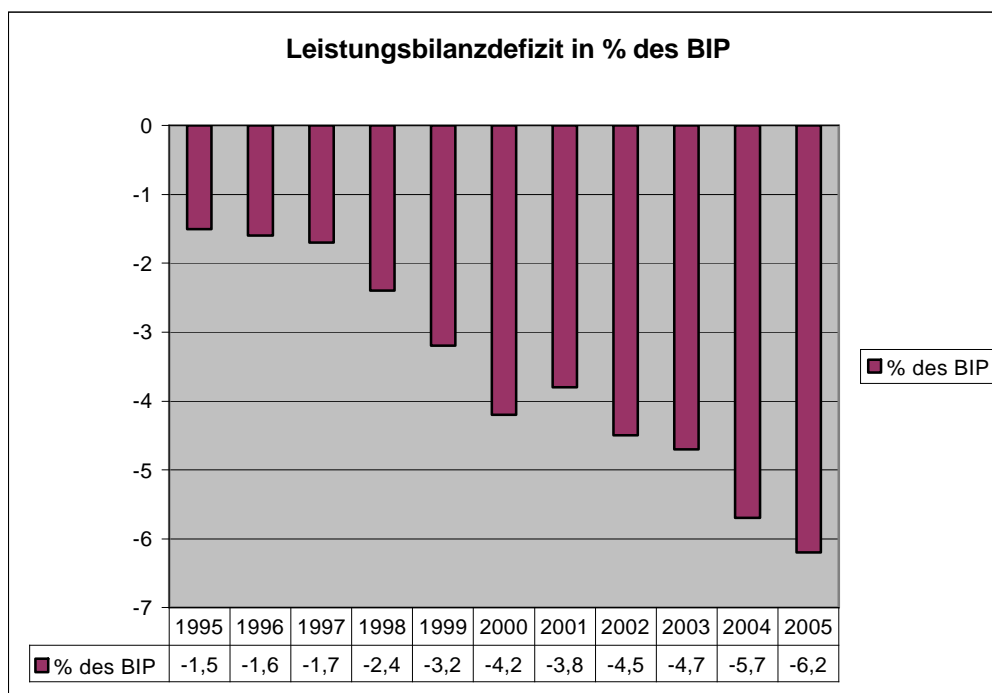
9.2 Die ökonomische Implosion des Wirtschaftsimperiums

Die USA überheben sich. Politisch, militärisch und ökonomisch, obwohl es ihnen gelungen ist – mit Zuckerbrot und Peitsche – immer mehr Vasallen vor den Karren der eigenen imperialen Interessen zu spannen. Die Implosion wird ökonomische Ursachen haben.

Die ungezügelte Triebhaftigkeit, das Geld dort anzulegen, wo es die größte Rendite bringt, macht andere Staaten und Regionen stark, insbesondere China, Rußland und die ostasiatischen Länder, und schwächt das ursprüngliche Mutterland des Globalkapitals, die USA. Das Kapital wird abwandern, der Dollar wird infolgedessen als Weltwährung abtreten. Der Kapitalismus bereitet sich sein eigenes Ende! Nicht China wird das bewirken, obwohl es schon über 840 Mrd. Dollar Währungsreserve angesammelt hat, ebensowenig Venezuela oder Iran, die ihr Öl künftig nicht mehr in Dollar, sondern in Euro bezahlt haben wollen; sie tragen damit ihr Scherflein zum Niedergang bei. Es sind die USA selbst, die ihre Selbstzerstörung betreiben und herbeiführen werden.

9.2.1 Die USA leben weit über ihre Verhältnisse

Im Jahr 2005 erhöhte sich das Leistungsbilanzdefizit der USA von 668,1 Milliarden Dollar (5,7 Prozent des BIP) auf 804,9 Milliarden Dollar (6,4 Prozent des BIP)



Das Haushaltsdefizit betrug im Jahr 2005 427 Milliarden Dollar, das sind 3,4% des Bruttosozialproduktes. Es wäre noch weit höher, würden die USA nicht einen Teil der Kriegslasten für die von ihnen angezettelten Kriege ihren Vasallenstaaten aufbürden. Zu ihnen gehört auch Deutschland.

Zum ersten Mal seit der großen Depression im Jahr 1933 hatten die Amerikaner im Jahr 2005 eine negative Sparquote von 0,5%. Ihre Konsumausgaben sind größer als ihr Einkommen.

Diese Entwicklung wird Folgen haben. Die Finanzierung von Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizit erfolgte bisher durch die Exportüberschußländer. Bisher hatten die USA ihr Leistungsbilanzdefizit durch eine positive Kapitalverkehrsbilanz ausgleichen können. Die Exportüberschußländer fanden ausreichend Möglichkeiten, ihre Exportgewinne wieder in USA anzulegen – und wenn es auch nur US-Staatsanleihen waren, die sie aufkauften. Doch den nominalen Kursgewinnen an den US-Börsen steht auf Dauer eine stagnierende Rendite bei der realen Güter- und Leistungserzeugung gegenüber. Der Ausgleichsmechanismus der Kapitalverkehrsbilanz vermag nur vorübergehend die notwendige Dollarabwertung zu verhindern. Der Geldstrom der Anlagespekulanten fließt langfristig dorthin, wo die realen Gewinne und Renditen höher sind. Die größte Volkswirtschaft, in der dies seit nunmehr über einem Jahrzehnt der Fall ist, ist China. Die vermögenden Anlagespekulanten in USA legen ihre Gelder in zunehmendem Maß in China an, auch die ausländischen Investoren ziehen ihre Gelder aus den USA ab und legen sie in China an. Jüngstes Beispiel ist der europäische ABB-Konzern¹⁸. Er verlagert seine Robotersparte aus der amerikanischen Automobilstadt Detroit in die chinesische Wirtschaftsmetropole Schanghai.

9.2.2 Das Fundament des Weltwährungssystems ist brüchig geworden

Der Wert des Dollars beruht schon lange nicht mehr auf der Wirtschaftskraft der USA. Der Dollar wird gestützt durch die Ölexportländer und die Exportüberschußländer, die ihre Handelsbilanzüberschüsse wieder den USA zur Verfügung stellen. Entweder, indem sie US-Wertpapiere oder Staatsanleihen kaufen oder direkt in USA investieren. Der Dollar ist Welthandels- und Weltreservewährung. Immer, wenn er an Wert zu verlieren droht, was eigentlich ganz normal wäre wegen der Leistungsbilanzdefizite, dann sind alle Länder, die den Dollar als Währungsreserve angesammelt haben, gezwungen, den Dollar durch zusätzliche Käufe zu stützen, weil ansonsten die Abwertungsverluste ihre eigenen Währungsreserven dezimieren würden und sie ihre Exporte nach den USA gefährden würden. Die würden teurer und würden infolgedessen sinken. Das wiederum würde die Konjunktur und Beschäftigung im eigenen Lande gefährden.

Das System scheint gefestigt. Aber die großen Exportüberschußländer haben das Problem der Selbstblockade erkannt. Sie bauen ihre Dollar-Währungsreserven langsam, aber kontinuierlich ab. Iran und Venezuela haben angekündigt, daß sie ihre Ölverkäufe nicht mehr in Dollars, sondern in Euro abwickeln werden.

Das US-Weltwährungssystem gerät langsam ins Wanken!

9.2.3 Die Entwicklung in China und den ostasiatischen Schwellenländern

In den ostasiatischen Schwellenländern, insbesondere in China, Südkorea und Indien haben sich ungeahnte Wachstumspotentiale aufgetan. Dort kann das vagabundierende

¹⁸ Europas zweitgrößter Investitionsgüterhersteller

Globalkapital ein Mehrfaches der Renditen erzielen als in den alten Industrieländern. Die chinesischen Wachstumsraten liegen seit über einem Jahrzehnt über 10%. Dieses Wachstum braucht China, um den technisch-zivilisatorischen Rückstand, die Armut und seine sozialen und strukturellen (Landwirtschaft) Ungleichgewichte kontinuierlich abbauen zu können. Dazu benötigen China und die anderen Länder vor allem Kapital (Maschinen und technisches Wissen). Und genau das liefern ihnen die ausländischen Kapitalisten, wegen der hohen Renditen. Doch damit werden auch die Exportüberschüsse erzeugt, die die Arbeitsplätze in den Heimatländern des Globalkapitals gefährden. Somit sägt sich das Kapital den Ast ab, auf dem es selbst sitzt. China wird auch zum ökonomischen Konkurrenten für die USA. Wegen der Größe seines Bevölkerungspotentials, dem Fleiß und dem Entbehruungsvermögen des chinesischen Volkes wird die daraus erwachsende Wirtschaftskraft eine echte Gefahr für die Vormachtstellung der USA.

9.2.4 Die Bedeutung der EU als regionales Testlabor des Globalismus¹⁹

Aus dem Motivgemenge, Deutschland politisch einzubinden und sich seine Wirtschaftskraft zunutze machen zu können und der neoliberalen Freihandelsideologie, entstand eine zentrale Zielsetzung, welche die EU-Mitgliedschaft für die Außenstehenden so begehrt macht: Dies ist die regionale und nationale Einkommensumverteilung von den leistungsstarken zu den leistungsschwachen Volkswirtschaften. Das wäre an sich ein edles Ziel, denn warum sollte der „Reiche“ von seinem Wohlstand nicht ein wenig abgeben, wenn er dem Armen damit helfen kann. Aber wenn er soviel abgibt, abgeben muß, daß er selbst in Not gerät, dann kann man das nicht mehr gutheißen. Diese Art der Einkommensumverteilung organisiert die EU! Auch das ist ein Grund, warum sie scheitern wird.

Für das Globalkapital ist die EU eine wunderbare Einrichtung, denn es verdient großartig an dieser Umverteilung. Es verlegte seine Produktionsstandorte in die Niedriglohnländer und kann seine Renditen auf diese Weise um ein Mehrfaches erhöhen. Das geschieht tausendfach, sogar Klein- und Mittelbetriebe tun es. Jüngstes anschauliches Beispiel ist die Standortverlagerung des AEG-Werkes von Nürnberg nach Polen. Da die EU-Niedriglohnländer von den EU-Nettozahlern (der mit Abstand größte ist Deutschland) in Milliardenhöhe bezuschußt werden, brauchen diese Länder auch keine hohen Steuern erheben und sind deshalb auch als Niedrigsteuerländer für die internationalen Renditespekulanten attraktiv.

Mit den hohen Steuern vertreiben wir nicht nur das renditemaximierende Kapital aus Deutschland, wir subventionieren auf diese Art und Weise die hohen Renditen des Globalkapitals in den Niedriglohn- und Niedrigsteuerländern der EU! Wir bezahlen die Steuern, die in Polen, Litauen, Lettland oder der Slowakei dann nicht mehr erhoben werden brauchen. Das ist eine geradezu asoziale Variante der Einkommensumverteilung: Die Kleinverdiener, deren Einkommen infolge der EU-Globalisierung sinken, müssen immer mehr Steuern zahlen, um die steigende Zahl der Arbeitslosen finanzieren zu können und den Zusammenbruch der Sozialsysteme zu verhindern, sie finanzieren auch die hohen Renditen in den Kapitalzufluchtländern! Die neoliberalen Dogmatiker der EU und der Globalisierung bezeichnen dieses System der Ausbeutung zynischerweise als „Wettbewerb der Volkswirtschaften“.

¹⁹ Diese Wortprägung soll die Rolle des anonymen Kapitals als eigentlich lenkende Imperialmacht betonen.

Dieser „Wettbewerb“ hat die ehemals reichen Volkswirtschaften arm, aber die armen noch lange nicht reich gemacht. Die Arbeitslosenquoten in den alten Industrieländern steigen, während sie in den neuen Kapitalzufluchtländern nicht wesentlich sinken. Die Lohneinkommen bewegen sich dort am Existenzminimum, die soziale Versorgung und Sicherheit sind nicht gewährleistet. Das einzige was steigt, das sind die Renditen des global agierenden Kapitals!

Dieses System kann auf Dauer nicht funktionieren. Es verstößt gegen das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Es wird an den sozialen Spannungen und dem wirtschaftlichen Niedergang seiner ehemals führenden Volkswirtschaften scheitern. Die von der EU-Bürokratie und der Globalideologie erzwungene Gleichstellung der Nationen wird keine Gleichheit und keine Gemeinschaft erzeugen. Denn Völker und Nationen sind genau so wenig gleich wie die einzelnen Menschen. Die für die Zwecke der Renditesteigerung erzwungene Einheitlichkeit wird bei der nächstbesten Gelegenheit genau so zerrieben wie die Illusion der Vielvölkerstaaten. Das hat die Geschichte am Beispiel Jugoslawiens, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei bewiesen.

10 Die Zukunft: eine Weltwirtschaftsordnung souveräner und gleichberechtigter Staaten

Die Globalisierung wird ihr Ende nehmen, genau so wie sie begonnen hat. Zeitgemäß, unblutig und unspektakulär! Und mit ihr die EU, ihr regionaler Ableger.

International zusammengekauft Produktiveigentum wird in einem allgemeinen Ringtausch wieder in nationales Produktiveigentum zurückgeführt werden. Die Renationalisierung wird als Emanzipation der Nationen die Welt von der imperialen Ausnutzung und Übervorteilung befreien.

In der künftigen Weltwirtschaft werden alle Staaten und ihre Volkswirtschaften souverän sein. Keine Dienstgänger einer imperialen Macht. Sie werden über eine autonome Währung verfügen, deren Wert sich aus der Summe der in einer Volkswirtschaft erbrachten Güter und Leistungen ergibt. Devisen-, Wertpapier- und Derivatspekulationen wird es nicht mehr geben, ebenso wie internationale Geld- und Kapitalübertragungen ohne reale Gegenleistungen.

Jeder Staat verfügt dann wieder über das volle Instrumentarium der Geld-, Fiskal- und Währungspolitik, dazu gehört natürlich auch die Zollpolitik. Damit kann er Wachstum, Konjunktur und Beschäftigung nach seinem Bedarf beeinflussen.

Jeder Staat kann innerhalb seiner Grenzen die Verteilung der Produktionsleistung (Wertschöpfung) auf Gewinn- und Arbeitseinkommen so vornehmen, wie es die Volksgemeinschaft für richtig hält. Die Volkswirtschaften stehen auf diese Weise wieder mit den Preisen ihrer Produkte und Leistungen untereinander im Wettbewerb. Der krankhafte Zwang des nomadenhaft agierenden Globalkapitals, im Dienste des Wirtschaftsimperiums und zu Lasten der arbeitenden Menschen die Renditen zu steigern und die Ausbeutung von Staaten und Nationen hat dann ein Ende.

Alle Rechte beim Verfasser

© www.hpatzak.de

Erstveröffentlichung: 02.06.2006

Wiederveröffentlicht: 13.12.2007